

„Die letzte Instanz ist mein eigenes Herz“

Es geht nicht um Eigennutz, sondern darum, das Gemeinwohl zu maximieren – das ist die Grundhaltung des Kapitalismuskritikers Christian Felber. Damit erfährt er viel Zuspruch. Der Österreicher will die Börsen abschaffen und glaubt nicht, dass der Fonds ESM den Euro retten wird

INTERVIEW: MAX HÄGLER
UND DIETER SÜRIG

Das Café Nil in Wien. Orientalische Küche, Hummus und Falafel, dazu viele Zeitschriften. Vor den großen Fenstern: Der Trübel des 7. Bezirks. Ein guter Ort, um mit dem Kapitalismuskritiker Christian Felber – er wählt als Wiener eine Melange – über das gute Leben und die Zukunft der Wirtschaftsordnung zu reden.

SZ: Herr Felber, wo haben wir Sie unterbrochen an diesem Mittag?

Christian Felber: Ich habe nachgedacht, wie es wohl weitergeht mit Europa, wo die Regierungen kontraproduktive „Rettenstrategien“ anwenden. Aber vor allem war ich zuvor beim Tanzen, das war schön, das hat mich glücklich gemacht. Das ist mir wichtig.

Das angenehme Leben eines Intellektuellen also, der die Wirtschaftsordnung umkrempeln will.

Ich glaube, ein In-sich-Ruhen ist wichtig angesichts meiner Aufgabe im Leben: Alternativen für die Wirtschaftsordnung entwickeln und umsetzen. Meine Rolle ist Vordenker, Visionär. Aber ich will das nicht über eine Revolution erreichen.

DIE SYSTEMFRAGE



Ein neuer Kapitalismus?
SZ-Serie · Teil 18

Sondern?

Ich bin ein erkenntnisorientierter Mensch. Wir lernen nicht allein durch das Greifen auf die Herdplatte – sonst könnten wir die Universitäten zusperrern. Also bin ich für die Evolution. Das bedeutet für mich auch, dass die Ideale und Ideen in der Praxis anwendbar gemacht werden müssen. Die Pionier-Unternehmen greifen nicht zu den Waffen, sondern zur Gemeinwohl-Bilanz.

Sie wollen weg von Profitgier, hin zu einer Wirtschaft für den Menschen.

Derzeit ist das Gewinnstreben des Einzelnen das oberste Ziel des unternehmerischen Handelns, und Konsum. Dabei sollte es doch um die Maximierung des Gemeinwohls gehen – so steht es jedenfalls in der Bayerischen Verfassung. Wir sollten endlich die Werte, mit denen Beziehungen gelingen, zu den Prinzipien des Wirtschaftens machen: Vertrauen, Toleranz, Rücksichtnahme, Zuhören, Zusammenarbeit.

Ähnliches gibt es ja schon: „Corporate Social Responsibility“. Große Unternehmen weisen aus, wie ökologisch und sozial sie produzieren, und wo sie sponsern.

Das sind Versuche der Camouflage am falsch laufenden System. Dass einzelne Firmen freiwillig Standards einhalten, bedeutet nicht, dass sich die Probleme weltweit mindern. Im Gegenteil. Hungerproblem, Demokratieverfall und das Umweltproblem verschärfen sich. Es gilt unverändert: Ein Unternehmen kann ethisch agieren, es kann innovativ sein, es kann solidarisch arbeiten – doch nichts von dem entscheidet letztlich über seinen Erfolg.

Sie haben einmal gesagt: Man kann nur Gott dienen oder dem Mammon.

Mir geht es darum zu erkennen, was die Welt in ihrem Innersten zusammenhält.



Feindliche Übernahmen, Sperrpatente und Dumpingpreise will er verbieten – Christian Felber sieht sich als „Vordenker“ und „Visionär“. FOTO: PICTURE ALLIANCE/LUKAS ILGNER

Dieser Gesamtblick geht überall verloren, am gefährlichsten in der Wirtschaftswissenschaft und infolgedessen auch in der Wirtschaft. Die Gemeinwohl-Ökonomie entstand dagegen mit Hilfe verschiedener Philosophien und Religionen. Als letzte Instanz habe ich nur eine Legitimationsquelle: Mein eigenes Herz.

Was schlägt das Herz als Lösung vor? Unternehmen dürfen gern und gut verdienen und Gewinne machen, jedoch ist ihr Eigennutz rückgekoppelt ans „Wohl aller“. Wer mehr leistet für die Allgemeinheit, wer größere soziale und ökologische Rücksichten nimmt, soll es auf dem Markt leichter haben als Egoisten – ganz im Sinne „Leistungsgerechtigkeit“. Das Ganze soll festgeschrieben werden in der Verfassung.

Aber gilt nicht: lupus est homo homini – der Mensch ist dem Menschen ein Wolf. Ist misstrauisch, ein Kapitalist?

Der Wolf ist eine Möglichkeit, die wir im gegenwärtigen System kultivieren und belohnen. Aus der Psychologie und Neurobiologie wissen wir aber, dass wir auch zum Gegenteil fähig sind: Wir könnten auch solidarische Kooperationspartner werden. Wir müssen uns von Ideologien lösen, dann können wir frei entscheiden.

Sozialwissenschaftler sind da kritisch. Das Gefangenendilemma zeigt, dass zwei Spieler nicht den größten Gewinn für beide wählen, sondern – aus Misstrauen und Missgunst – einen geringeren, persönlichen Erlös vorziehen.

Die wichtigste Lehre aus dem Gefangenendilemma ist, dass unkooperatives Verhalten sanktioniert werden muss. Der Schutz von Privateigentum basiert auch nicht auf Freiwilligkeit. Genau gleich könnten wir Egoismus in der Wirtschaft sanktionieren. Wenn Kooperation systemisch belohnt und Verweigerung von Kooperation schlechter gestellt wird, bedeutet es letztlich für alle den höchsten Gewinn. Denn dafür, dass Kooperation Menschen stärker motiviert als Konkurrenz, gibt es hinreichende empirische Belege.

Und was bedeutet das in der Konsequenz? Kein Wettbewerb mehr?

Wir wollen in der Gemeinwohlökonomie alle Unternehmen auf die Märkte lassen – ohne jegliche Barrieren. Da sind wir liberaler als das jetzige System. Aber die Beziehungsform wird anders geregelt. Durch unsere neuen Regeln wären feindliche Übernahmen, Dumpingpreise oder Sperrpatente verboten; jede Aggressivität gegen andere wird mit Nachteilen geahndet. Wer dagegen kooperativ handelt, nachweisbar über die Gemeinwohlabilanz, der wird begünstigt – etwa über niedrige Kreditzinsen, Steuervergünstigungen oder öffentliche Aufträge.

Sie wissen, dass nur diejenigen Geld verdienen, die sich dem Wettbewerb stellen und gewinnen?

Das ist die heutige Realität und aus meiner Sicht der falsche Anreiz. Gewinnen soll der Kooperativste mit der besten Qualität.

Aber würde das nicht einen Rückschritt bedeuten? Wettbewerb bewirkt doch Innovation! Ein gutes Beispiel für Wettbewerbsleistungen sind die Smartphones, die hier am Tisch liegen.

Die gegenwärtige Innovationsgeschwindigkeit ist zum einen gar nicht mehr sinnvoll. Sie folgt einem völlig falschen Zweck, will vor allem den Produzenten neue Umsätze und Gewinne ermöglichen mit Produkten, die man teilweise gar nicht braucht. Es wird aus der Konkurrenz-Profitstreben-Ordnung heraus tatsächlich zu viel innoviert. Auf der Strecke bleibt das eigentliche Ziel: Die Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen.

Nehmen wir an, das würde so im Groben umgesetzt. Deutschland würde weltwirtschaftlich zurückfallen.

Der Effekt wäre ein positiver: Deutschland würde zum Hort der sozialen Verantwortung, der Menschenwürde, der Demokratie. Vielleicht würden einige Handelsbeziehungen zum Erliegen kommen. Aber die brauchen wir auch nicht, das wären die unfairen. Stattdessen würden kooperative und humanere Formen der internationalen Arbeitsteilung entstehen, wo mit viel mehr Freude gearbeitet würde. Innovation bedarf der Kreativität. Und Kreativität entsteht am besten dort, wo Menschen frei sind, wo sie sich vertrauen – der Druck bei

Bewegungstifter unter sich

Die Finanz- und Euro-Krise hat das Interesse an alternativen Wirtschaftsmodellen befördert – jenseits von Kapitalismus und Planwirtschaft. Ein bekanntes Szenario ist das der Gemeinwohl-Ökonomie, die der österreichische Globalisierungskritiker und Attac-Mitbegründer Christian Felber, 38, entwickelt hat. Dem Romanisten und Politikwissenschaftler schwebt eine Form der Marktwirtschaft vor, in der die Motive unternehmerischen Handelns nicht Gewinnstreben und Konkurrenz sind, sondern Gemeinwohlstreben und Kooperation. Hier stehen jene Werte im Zentrum, die zwischenmenschliche Beziehungen gelingen lassen. Wirtschaftlicher Erfolg soll daran gemessen werden, inwie-

weit Grundbedürfnisse, Lebensqualität und Gemeinschaftswerte geschaffen werden.

Der Idealist Felber hat enormen Zulauf. Seiner Idee haben sich bereits rund 810 Unternehmen und Kommunen in zehn Ländern angeschlossen. Sie alle versuchen, sich die Gemeinwohlziele auf ihre Fahnen zu schreiben. Darunter befinden sich auch die Sparda-Bank in München, mehrere Gemeinden in Südtirol sowie die Stadt Wien. 2009 hat Felber die Bewegungstiftung Österreich mitgegründet und 2010 das Projekt der „Demokratischen Bank“ angeschoben. Der nebenberuflich als Tänzer wirkende Publizist hat mehrere Bücher veröffentlicht (zuletzt „Retten wir den Euro“) und hält oft Vorträge. SZ

Glückliche Schnitzel sind mehr wert

Überall in Deutschland entstehen „regionale Volkswirtschaften“ für Ökonahrungsmittel. In Freiburg fand eine besondere AG 500 Anteilseigner, die 2,2 Millionen Euro investieren

Freiburg/München – Maria Mocellin brät glückliche Schnitzel. Sagt sie und erklärt: Schnitzel von Schweinen aus der Region, die zu Lebzeiten ökologisch angebautes Futter fraßen und Auslauf hatten. Überhaupt verwendet sie in ihrer Küche fast nur Biozutaten. Sie weiß, wer die Tomaten und Zucchini angebaut hat, die in ihrer Nudelsoße köcheln. Deshalb nennt sich Mocellin auch „die einzige Grüne“ in ihrer Familie. Beim Fleisch, sagt die Italienerin, zahle sie allerdings bislang drauf. Die Kunden seien nicht bereit, mehr zu zahlen als für ein konventionelles Schnitzel.

Mocellins Bioküche gehört als Partnerunternehmen zur Regionalwert AG. Diese Aktiengesellschaft sammelt Geld bei Anlegern und investiert es im Freiburger Umland in Gärtnereien und Bauernhöfe, die ökologische Lebensmittel anbauen; in die Bioküche, wo Maria Mocellin sie verarbeitet und in Läden, die sie verkaufen. Die Freiburger AG schafft eine regionale Volkswirtschaft – in der Geld aus der Region in Firmen der Region fließt, deren Produkte die Geldgeber dann kaufen. Es ist ein überschaubarer Kreislauf, der da entsteht – anders als etwa der Kapitalmarkt, auf dem Unternehmen, Staaten und Spekulanten aufeinandertreffen; und anders als globale Kreisläufe, innerhalb derer Samen aus den USA in Südamerika angepflanzt werden, um später europäische Rinder zu füttern.

An vielen Orten in Deutschland entstehen solche regionale Wirtschaftssysteme. Seit die Krise das Vertrauen vieler Menschen in den Kapitalismus erschüttert hat, DiZigital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München. Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de

wächst das Interesse. Sie heißen Unser Land (Bayern), Von Hier (Berlin und Brandenburg) oder Bio lokal (Nordrhein-Westfalen), und manchmal geht es eher darum, die Höfe in der Region zu vermarkten, manchmal suchen sie auch nach neuen Strukturen, so wie die Regionalwert AG.

Vor sechs Jahren hat Christian Hiss seine Gemüsegartnerei zur Aktiengesellschaft gemacht. Ihn hat geärgert, dass sich aus seiner Sicht wichtige Leistungen seines Betriebs in den Geschäftszahlen nur ne-



Der Vorstand der Regionalwert AG bei der Arbeit: Initiator Christian Hiss will gutes Geld verdienen – aber nicht zulasten der Ressourcen. FOTO: DAPD

gativ niederschlagen: eigenes Saatgut herstellen und junge Leute auszubilden. Er suchte nach Investoren, die auch darin einen Wert sahen, ökologisch und sozial zu wirtschaften. Inzwischen sind es mehr als 500 Anteilseigner; sie haben der Freiburger Regionalwert AG etwa 2,2 Millionen Euro an Kapital verschafft – und das, obwohl die AG bislang keinen Gewinn macht und noch nie eine Dividende ausgeschüttet hat. 2011 lag das Minus bei 80 000 Euro, damit hat sie ihre Verluste im Vergleich zum Vor-

jahr halbiert. Neben der betriebswirtschaftlichen Bilanz weist die Regionalwert AG eine sozial-ökologische Bilanz aus. Darin wird beschrieben, was die Betriebe für die Bodenfruchtbarkeit getan haben und wie gut ihr Personal ausgebildet ist.

„Die Frage ist: Wollen wir geringe Personalkosten und einen hohen Gewinn? Oder ist die Qualifikation der Mitarbeiter ein Wert an sich?“, sagt Gründer Hiss. Er bejaht Letzteres – und will monetäre Maßstäbe entwickeln, um das sozial-ökologische Ergebnis in die Bilanz einzuarbeiten. Damit Aktionäre sehen, dass der Gewinn nicht steigt, wenn Landwirte den Boden auslaugen. Und dass glückliche Schnitzel etwas wert sind.

Zur Regionalwert AG gehört noch immer die Gemüsegartnerei. Sie wird von zwei Landwirten weitergeführt, die keinen Hof erben – und trotzdem in der Landwirtschaft arbeiten wollten. Ein Betrieb, der in einem leer stehenden Gasthof Früchte und Gemüse trocken, ist dabei; in einem Raum dort, wo früher Schweine geschlachtet wurden, entstehen vegetarische Suppenmischungen aus den Überschüssen der Partner und der Ware, die nicht schön genug für die Läden ist. Ein Gemüsekasten-Versand bringt pro Woche Produkte der Regionalwert-Betriebe in 320 Haushalte. Und Maria Mocellin betreibt mit der Bioküche seit diesem Jahr mittags ein Restaurant im Freiburger Industriegebiet. Dort ist es schwerer, Kunden zu locken als in der ökobewussten Freiburger City. Aber Mocellin hat es sich zur Aufgabe gemacht, „die Ar-

beiter zu gesundem Essen zu bekehren“. Früher kaufte die Regionalwert AG Höfe, um sie an Biobauern zu verpachten, heute beteiligt sie sich als Gesellschafterin an den Betrieben. Und bindet die Bürger ins Wirtschaftssystem ihrer Region ein.

Dabei kommt der Erfolg eines solchen Modells keinesfalls von selbst. Die AG musste Maria Mocellin das Geld für den Umzug leihen und die Betreiber der Gemüseküche wiederum im Februar mit einem Darlehen vor der Pleite retten. Dieser Betrieb hatte sich übernommen; die Personalkosten für eine Mitarbeiterin wurden unterschätzt. So ersetzt die Regionalwert AG

Die Mission der Maria Mocellin: Arbeiter zu gesundem Essen bekehren

in ihrem Wirtschaftssystem auch die Banken, die der Firma vielleicht kein Geld mehr gegeben hätten. Kurzfristig geht das zulasten der eigenen Bilanz. Für Christian Hiss, den Initiator, ist trotzdem das Schlimmste „Gutmensch“ genannt zu werden. „Ich will gern viel Geld verdienen, Genügsamkeit ist nicht die Tugend des Unternehmers“, sagt er, wichtig sei das Wie: „Nur nicht zulasten der Ressourcen.“

Viele wollen von Hiss wissen, wie seine Idee funktioniert. Landwirte aus Dänemark und Frankreich haben sich bei ihm gemeldet, sogar aus Bosnien und Herzegowina haben sie angerufen. Als ersten Ableger haben vor gut einem Jahr zwei Landwir-

Wettbewerbssituationen bringt schlechtere Ergebnisse. Da ginge es dann nicht um Profit, sondern um die Lösung der wirklichen Probleme. Ich sehe darin auch eine Erlösung aus dem Wachstumszwang.

Jedenfalls haben Sie sich die passende Zeit ausgesucht – in der Krise fruchten neue Ideen sicher besser.

Das ist die große Hoffnung! Die Bankenkrise und die Staatsschuldenkrise können aber auch dazu führen, dass das Projekt Europa implodiert. Es würde für viele eine existenzielle Not bedeuten und wäre politisch eine gefährliche Situation.

Die Menschen suchen Alternativen.

Es gibt sicher eine starke emanzipatorische Bewegung in Europa, die etwas Nachhaltigeres und Gerechteres aufbauen will. Aber Krise und Regierungslosigkeit kann auch zu einem Rückbau der Grundrechte und der Demokratie führen – und so können wir in einem autoritären System landen. Die beiden Bewegungen könnten sich wohl auch eine Zeit lang die Waage halten, aber niemand weiß, wohin es kippt.

Dann müssen Sie es ja gutheißen, dass die Euro-Gruppe Hunderte Milliarden in die Rettung pumpt – und die Zentralbank ein gros Staatsanleihen aufkauft.

Diese Strategie wird den Euro nicht retten. Denn die zu Rettenden werden mehr, die Retter weniger und schwächer. Über kurz oder lang sind alle zusammen in der Insolvenz – oder in der Inflation. Wenn das so weitergeht, gebe ich dem Euro höchstens noch fünf Jahre.

Der Rettungsschirm ESM ist kein Beispiel gemeinwohlorientierten Handelns?

Eindeutig nicht, weil er einer Minderheit nützt – den Großvermögenden, Eigentümern und Gläubigern der systemrelevanten Banken, während die breite Bevölkerung „enteignet“ wird und abrutscht. Mein Vorschlag ist deshalb, dass über EU-weit koordinierte Vermögenssteuern die Schulden solidarisch getilgt werden – ein Kinderspiel, zumal die Privatvermögen fünfmal größer sind als die Staatsschulden. Demokratisch wäre, alle Varianten einer Volksabstimmung zu unterziehen: a) Schulden übertragen mit Rettungsschirmen; b) Schulden streichen; c) Schulden inflationieren und d) Schulden tilgen.

Eine Ihrer Lösungen lautet simpel: Die Börsen abschaffen.

Eine harte Forderung, die viele zuerst abschreckt. Aber bedenken Sie: In Deutschland sind nur 0,05 Prozent der Unternehmen Aktiengesellschaften. Und die Forderung ist keine Sache der Wut, sondern der Ratio: Börsen verbessern kaum mehr die Unternehmensfinanzierung. Sie sind zu einem Casino ohne unternehmerischen Geist geworden – wenn etwa Unternehmen mehr als den Vorjahresgewinn als „Dividende“ ausschütten und gleichzeitig Arbeitsplätze streichen.

Und wann hoffen Sie auf Umsetzung der Gemeinwohlökonomie?

Unsere Strategie ist die breitestmögliche Beteiligung von Personen, Unternehmen und Gemeinden. Wir wollen langsam, aber nachhaltig von unten nach oben wachsen – und über kommunale Wirtschaftskonvente einen breiten demokratischen Prozess auslösen.

Und das heißt konkret?

2018 und 2019 wären günstig: Am 100. Geburtstag der Demokratie in Österreich und Deutschland könnten wir die ersten wirklich demokratischen Verfassungen schreiben. Zumindest sind die Verfassungen um einen Verfassungsveränderungsprozess zu ergänzen, der die Bestimmung „Alle wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl“ (Bayerische Verfassung Art. 151) so konkretisiert, dass das einklagbar wird.